

Abrechnung nach dem „Femegericht“

Eklat im Stadtrat: Alois Dechant kritisiert fehlende Unterstützung in der Asylbewerberheim-Debatte

WEISMALN - Das Klima im Stadtrat wird rauer: Als Folge der Sondersitzung vor zwei Wochen, bei der es um die Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen Altenheim Sankt Konrad ging, holte Alois Dechant am Mittwochabend zum Rundumschlag aus und übte heftige Kritik an der fehlender Unterstützung für das Vorhaben.

Es hätte eine der kürzesten Stadtratssitzungen der jüngeren Vergangenheit werden können: In gerade einmal zehn Minuten war das einzige Thema der Tagesordnung - die Ausweitung der „Jura-Solarparks“ - abgehandelt. Bekanntlich möchte die Firma IBC Solar bei Buckendorf auf drei weiteren Grundstücken mit einer Gesamtfläche von zirka sieben Hektar (angrenzend an den bestehenden Buckendorfer Solarpark entlang der A 70 und auf der gegenüberliegenden Seite der Autobahn) Freiflächenphotovoltaikfelder errichten. Mit Ausnahme von Gabi Huber (GUB) stimmte der Stadtrat der Ermächtigung zum Abschluss eines Durchführungsvertrags mit der 2. Solarpark Buckendorf GmbH, der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans für den zweiten Teilbereich „Solarpark Buckendorf/A 70“ und der damit verbundenen Änderung des Flächennutzungsplans zu. In dem Vertrag, der bis Ende 2042 läuft, werden die Berücksichtigung der Anmerkungen von Trägern öffentlicher Belange, die Kostenübernahme für Planaufstellung beziehungsweise -änderung sowie der Rückbau in 30 Jahren geregelt.

Dann informierte Bürgermeister Udo Dauer (CSU) kurz über einen „runden Tisch“ zum geplanten Asylbewerberheim, der am Donnerstagvormittag im Landratsamt getagt hatte. Beteiligt waren neben Mitarbeitern der Regierung von Oberfranken mit dem Regierungspräsidenten an der Spitze auch Vertreter von Landkreis, Stadt und der Dechant-Vermögensverwaltungsgesellschaft Akurat, in deren Besitz sich das frühere Seniorenheim befindet.

Von Anfang an hätte er sich ein solches Treffen gewünscht, um alle Beteiligten auf den gleichen Wissenstand zu bringen und Ängste bei den Bürgern zu vermeiden, erklärte Dauer. „Aus Sicht der Stadt Weismain sind nun alle Punkte zufriedenstellend gelöst“, ließ er durchblicken. Dazu gehöre eine schrittweise Unterbringung von Asylbewerbern anstatt einer sofortigen Vollbelegung des Gebäudes.

Bei Alois Dechant (Bürgerblock) aber saß der Stachel der Sondersitzung, bei der er das Vorhaben rechtfertigen musste und der Kritik von Bürgern ausgesetzt war, dass 150 Asylbewerber zu viel für Weismain seien, offenbar tief. Zunächst berichtete er von vielen positiven Schreiben, die er inzwischen wegen des Asylantenheims erhalten habe und trat der Auffassung entgegen, dass Asylbewerber zu einem Anstieg der Kriminalitätsrate führten. Außerdem erneuerte er Rückzugsgedanken: „Ich weiß, was ich in Zukunft zu machen habe“.

Mit den Worten „Wir sollten uns alle miteinander schämen in Weismain und aufpassen, dass wir nicht wieder zu alten Zeiten zurückkehren“, holte er zum großen Rundumschlag aus. Darin beklagte den fehlenden Rückhalt seiner Stadtratskollegen während der Sondersitzung, die er als „Femegericht“ bezeichnete. Auch von Udo Dauer, der die Sitzung einberufen hatte, zeigte sich Dechant enttäuscht, „dass auch sie, Herr Bürgermeister, nicht das Wort ergriffen haben für Leute, die beispielsweise in Syrien wie die Hasen abgeschossen werden“.

Im gleichen Atemzug kritisierte der Bürgerblock-Stadtrat, dass städtische Vorhaben zu langsam voranschritten: „Macht weiter so! Meinetwegen können wir alles schleifen lassen“, meinte er mit Blick auf Schuldenabbau, Turnhalle, Fremdenverkehrsverbund und Umgehungsstraße.

„Soll das jetzt eine Generalabrechnung sein?“ konterte Dauer. Er bemühte sich, die Vorwürfe zu entkräften und gab zu bedenken, dass die Sondersitzung auf Bitten der Regierung stattgefunden habe. Als jedoch CSU-Fraktionsvorsitzender Jochen Bauer ein Scheitern der Bemühungen um einen Fremdenverkehrsverbund prognostizierte, weil „die Ernsthaftigkeit fehlt“, und meinte, dass sich Dauer sachlich vorgetragene Kritik gefallen lassen müsse, reagierte der Bürgermeister genervt: „Jetzt habe ich bald keine Lust mehr. Da lässt man sich etwas einfallen, und dann passiert so etwas.“ Die Debatte gipfelte schließlich in der Anweisung des Bürgermeisters an Geschäftsleiter Dietmar Zwillich, eine Aufstellung über städtische Projekte anzufertigen und dabei festzustellen, ob für einen etwaigen zeitlichen Verzug die Stadt oder ein anderer Beteiligter verantwortlich ist.

Liste der Verzögerungen

Die übrigen Räte hatte die Auseinandersetzung mit betroffenen Blicken verfolgt und waren spürbar erleichtert, als ein zur Jahreszeit passender Vorschlag von Michael Dreiseitel (SPD) unvermittelt die frostige Stimmung erwärmte: Da Schlittschuhlaufen immer beliebter werde, könnte doch in Zukunft eine Wiese frühzeitig mit Wasser geflutet und bei Minustemperaturen als ungefährliche Eisbahn freigegeben werden, regte er an. Eine Idee, die Anklang fand. Allerdings wies Udo Dauer darauf hin, dass es bereits im vergangenen Jahr vergebliche Bestrebungen gegeben hatte, aus dem Stadtgraben eine Schlittschuhbahn zu machen.

Wie der Bürgermeister mitteilte, hat Landrat Christian Meißner für Donnerstag, 29. März, um 10 Uhr seinen Antrittsbesuch im Rathaus angekündigt. Mehrere Stadträte baten darum, den Termin auf den späten Nachmittag oder Abend zu verlegen. -lut-



Im Anschluss an die bestehenden Photovoltaikflächen soll entlang der Autobahn A 70 (rechts) ein zweiter Solarpark bei Buckendorf (links) errichtet werden. Die Genehmigung dafür in der Stadtratssitzung gerieten allerdings angesichts der Diskussion über das geplante Asylbewerberheim zum Randthema. Foto: lut